

Auf der Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags in Weiden wurde unter anderem der Fachkräftemangel in Gesundheitseinrichtungen thematisiert

Leistungsfähiger Sozialstaat sichert sozialen Frieden

Die sich erneut anbahnende Corona-Welle sowie der Ukraine-Krieg haben bei den Bezirken die Hoffnung zunichte gemacht, dass wieder etwas Normalität und Alltag einkehren. Das machte der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Franz Löffler, bei der diesjährigen Vollversammlung in Weiden auch noch einmal deutlich: „Nach der Krise ist vor der Krise. Nicht nur Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch unser Sozialstaat sind durch diese mehr als besonderen Ereignisse herausgefordert. Dennoch dürfen wir vor lauter Krisenmodus nicht die schon lange vor der Corona-Krise bekannten Problemstellungen wie Fachkräftemangel und den demografischen Wandel aus den Augen verlieren.“

Die vergangenen beiden Jahre haben besonders deutlich gezeigt, wie wichtig ein guter und funktionierender Sozialstaat ist. In Zeiten von angespannten öffentlichen Haushalten darf dennoch nicht automatisch im Sozialen gespart werden. Verbandspräsident Franz Löffler appellierte deshalb an Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU) und Winfried Brechmann, Amtschef im Bayerischen Gesundheitsministerium, der in Vertretung des Ressortchefs Klaus Holetschek (CSU) teilgenommen hat: „Ein leistungsfähiger Sozialstaat sichert den sozialen Frieden in einer Gesellschaft. Damit auch unter schwierigen Bedingungen die soziale Daseinsvorsorge funktioniert, braucht es eine zielgerichtete Gesetzgebung, die das verfügbare Geld in wirksame und zielgenaue Maßnahmen lenkt. Denn nur kluge und nachhaltige Reformen sowie neue Ideen und Herangehensweisen können die Versorgung der Menschen in Bayern dauerhaft sicherstellen.“

Holetschek, der seine Teilnahme an der Vollversammlung kurzfristig absagen musste, unterstrich in einem schriftlichen Statement: „Der Fachkräftemangel in Kliniken und Pflegeeinrichtungen ist eine große Herausforderung – auch mit Blick auf eine mögliche weitere Corona-Welle im Herbst. Die Bundesregierung muss deshalb rasch handeln und darf sich bei den notwendigen Reformen nicht im Kleinen verlieren. Ich setze mich intensiv für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege ein. Veränderungen muss es hier auf vielen Ebenen geben, auch bei der Bezahlung von besonderen Diensten wie Nacht- und Wochenendschichten oder Springerdiensten auch in Pflegeeinrichtungen. Aber die Vergütung ist nicht alles, die zu verbessernden Rahmenbedingungen gehen weit darüber hinaus. Die Einrichtungsträger sind gefordert, zum Beispiel



Verbandspräsident Franz Löffler (links) begrüßte in Weiden aus den Amtschef des bayerischen Gesundheitsministeriums, Winfried Brechmann, der in Vertretung seines Ressortchefs Klaus Holetschek gekommen war. FOTO: KATHARINA HERING

was die Planbarkeit der Dienste und das verlässliche ‚Frei‘ angeht. Und die Kommunen können ihren Beitrag leisten, etwa mit bezahlbarem Wohnraum und Kinderbetreuungsangeboten. Denn wir müssen insgesamt die Attraktivität des Pflegeberufs steigern und Abwanderung aus dem Beruf verhindern.“

Erhalt der eigenen Häuslichkeit

Verbandspräsident Löffler sieht darüber hinaus großes Potential im Erhalt der eigenen Häuslichkeit, um besser mit den kommenden Herausforderungen in der Pflege angesichts einer alternden Gesellschaft umgehen zu können. So sei es wichtig, dass Pflegebedürftige und ältere Menschen, die Hilfen im Alltag benötigen, künftig besser und frühzeitig zu unterstützen, damit sie möglichst lange selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden leben können. Dafür müssten allerdings auf örtlicher

Ebene Strukturen mit Ansprechpartnern geschaffen werden, die direkten Kontakt zu den Betroffenen aufnehmen und auch konkrete Hilfestellung leisten können. Ebenso müssten bestehende Angebote besser vernetzt werden. „Wir müssen innovative Ideen und Konzepte entwickeln, um den Aufenthalt im Pflegeheim möglichst lange hinauszuzögern bzw. ganz zu vermeiden. Doch dafür braucht es entsprechende Strukturen, um das am Ende auch umsetzen zu können“, so Löffler.

In Bezug auf den Fachkräftemangel wünsch er sich von der Politik vor allem mehr Flexibilität für die bezirklichen Gesundheitseinrichtungen sowie die Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen beziehungsweise Pflegebedarf. Im Krankenhausbereich kämpfen die Bezirkskliniken derzeit mit dem noch recht neuen Personalbemessungsinstrument, der sogenannten PPP-Richtlinie. Deren teils sehr kleinteilige Vorgaben bei der Personalausstattung und die gleichzeitig einge-

fürten Sanktionsmechanismen erschweren eine bedarfsgerechte, patientenzentrierte, flexible und sich weiterentwickelnde Versorgung psychisch und psychosomatisch kranker Menschen in teils und vollstationären Einrichtungen.

Besonders wohnortnahe Einrichtungen gefährdet

Besonders die Existenz kleinerer und wohnortnaher Einrichtungen kann dadurch gefährdet werden. Doch auch in Pflegeheimen und Behinderteneinrichtungen sei die Lage besorgniserregend, so Löffler. „Es darf nicht sein, dass Stationen bzw. ganze Einrichtungen geschlossen werden müssen, weil Fachkraftquoten aufgrund des Mangels an qualifiziertem Personal nicht erfüllt werden können. Es geht hier nicht um eine schlechtere Versorgung der betroffenen Menschen, sondern um eine bedarfsorientierte Betreu-

ung. Und dafür brauchen die Einrichtungen die Möglichkeit, Personal gegebenenfalls flexibel einsetzen zu können“, betonte Franz Löffler.

Besonders freute sich der Verbandspräsident, dass die bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf ebenfalls an der Vollversammlung teilgenommen hat. Damit zeigte sie, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen Sozialministerium und den Bezirken ist. Das machte Scharf in ihrem Grußwort auch noch einmal deutlich: „In schweren Zeiten kommt es auf den Zusammenhalt vor Ort an: in den Städten und Gemeinden - und in unseren Bezirken. Die Bezirke sind zentrale Akteure unseres sozialen Netzes in Bayern. Sie fangen Menschen in Not auf - kompetent, professionell und menschlich. Ich danke den ehrenamtlichen Bezirksrätinnen und Bezirksräten sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bezirken für ihr Engagement! So wie die Bezirke uns unterstützen, so unterstützen

auch wir die Bezirke, beispielsweise mit dem Ausgleich der coronabedingten Mehrkosten in der Eingliederungshilfe in Höhe von 70 Prozent. Der Freistaat steht zu seinen Bezirken! Gemeinsam machen wir uns stark für einen zukunftsfähigen Sozialstaat.“

Aufgrund des Ukraine-Krieges stehen wirtschaftlich unsichere Zeiten bevor. Dabei muss die Politik besonders darauf achten, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinandergeht, denn ansonsten gerät der gesellschaftliche Frieden in Gefahr. „Die bayerischen Bezirke werden deshalb auch künftig mit aller Kraft und Überzeugung für Menschen mit Behinderung, mit Pflegebedarf sowie mit psychischen Erkrankungen da sein und ihnen eine bestmögliche Versorgung zur Verfügung stellen. Egal ob Zuhause, in Pflegeheimen, Wohnheimen, Behindertenwerkstätten oder in den Kliniken“, versicherte Verbandspräsident Löffler am Ende seiner Rede. > MICHAELA SPILLER

Karikatureschau zum Thema Alter in Bad Windsheim

Seit Sommer 2021 wird die Spitalkirche in Bad Windsheim saniert. An Pfingsten wurde sie wieder eröffnet. Das darin beheimatete Museum Kirche in Franken ist Teil des Fränkischen Freilandmuseums des Bezirks Mittelfranken in Bad Windsheim und zeigt zur Eröffnung eine Karikaturen-Ausstellung zum Thema Alter. Rund 40 gedruckte Farbzeichnungen laden ein, mit viel Humor über Altersbilder unserer Gesellschaft nachzudenken und sich in den manchmal auch schonungslosen Bildern des Alterwerdens wiederzufinden. Bekannte Karikaturisten und Meister der komischen Kunst streifen die Themen Goldenes Ager, Körperoptimierung und Antiaging ebenso wie Demenz, Pflege und Gebrechlichkeit, Generationenkonflikte und demografischen Wandel. > BSZ

Die Ausstellung ist bis Sonntag, 28. August 2022 täglich von 10 bis 18 Uhr in der Spitalkirche in Bad Windsheim, Rothenburger Straße 16, zu sehen.

Förderprogramm ist erfolgreich angelaufen

Bezirk Oberbayern gewinnt Fachkräfte

„In die Zukunft investieren, heißt in Menschen investieren“ – so heißt ein Förderprogramm des Bezirks Oberbayern. Es zielt darauf ab, Fachkräfte für die Einrichtungen und Dienste für Menschen mit Behinderungen zu gewinnen. Bei einer Zwischenbilanz im Sozial- und Gesundheitsausschuss zeigte sich jetzt: Das Förderprogramm wirkt. Dank der vom Bezirk finanzierten Praktika konnten sich angehende Fachkräfte mit dem Alltag der Einrichtungen und Dienste vertraut machen und einen festen Arbeitsvertrag erhalten.

Hintergrund ist, dass die Einrichtungen und Dienste unter einem gravierenden Mangel an Fachkräften leiden. Geschlossene Gruppen in Heilpädagogischen Tagesstätten, freie Zimmer in Wohnangeboten für Menschen mit Behinderungen und Förderstätten, die nicht alle Plätze belegen können, obwohl es eine Warteliste gibt: „Die Lage ist besorgniserregend“, sagte Bezirkstagspräsident Josef Mederer. „Für die anspruchsvolle

Versorgung von Menschen mit Behinderungen brauchen wir dringend mehr Fachkräfte.“

Abhilfe erhofft sich der Bezirk durch das Förderprogramm. Unter den erschwerten Bedingungen der Corona-Krise war es im Jahr 2020 gestartet. Es sieht vor, dass junge Menschen während eines Studiums der Sozialen Arbeit oder Sozialpädagogik in inklusiven Kindertagesstätten, Werkstätten oder Sozialpsychiatrischen Diensten und weiteren Einrichtungen und Diensten der Psychiatrie und Suchthilfe Praktika absolvieren. Sie lernen so den Arbeitsalltag kennen und können aufgrund der gesammelten Erfahrungen entscheiden, ob die Aufgabe für sie geeignet und erfüllend ist.

Der Bezirk fördert deshalb pro Jahr 75 Praktikumsstellen mit einer Million Euro. Wegen der schwierigen Corona-Situation konnten im ersten Jahr 2020/21 nur 51 Stellen besetzt werden. Im zweiten Förderjahr 2021/22 lief es deutlich besser: Es wurden insgesamt 96

Praktikumsstellen genehmigt – mehr, als eigentlich im Programm festgelegt.

Die Praktikumsgehälter sind abhängig von der Ausbildungs- und Einrichtungsart. So finanziert der Bezirk für angehende Erzieher*innen, die ihr Anerkennungsjahr in einer Einrichtung der Eingliederungshilfe leisten, ein jährliches Praktikumsgehalt in Höhe von bis zu 23 000 Euro. Bei der Erziehenausbildung mit optimierten Praxisphasen (OptiPrax) sind es jährlich 19 000 Euro und beim Sozialpädagogischen Seminar im Rahmen der Ausbildung zum Erziehenden bis zu 9500 Euro im Jahr.

Mit dem Zuspruch und Anklang sind die Verantwortlichen im zuständigen Fachreferat hoch zufrieden. Im ersten Förderjahr übernahmen von 14 Erzieher*innen im Anerkennungsjahr neun direkt in der Einrichtung, in der sie ihr Praktikum absolviert hatten, einen festen Job. Sieben weitere Praktikant*innen unterschrieben unmittelbar

nach ihrem Abschluss einen Arbeitsvertrag in einer der Einrichtungen. Die Vermittlungsquote lag also bei 16 von 51 Personen beziehungsweise bei 31 Prozent.

Auch bei den Einrichtungen kommt das Programm bestens an: 90 Prozent würden die Praktikant*innen sofort übernehmen. So hatte beispielsweise eine Praktikantin ihr Studium noch nicht abgeschlossen. Die Einrichtung hoffte trotzdem: „Vielleicht bewirbt sie sich bei uns, wenn sie ihren Bachelorabschluss gemacht hat.“ Das wäre sehr schön.

„Diese Zahlen sind ermutigend“, sagte Josef Mederer im Sozialausschuss. Es sei selbstverständlich, „dass wir das Programm für das nächste Jahr fortzuschreiben“. Ohne qualifizierte Fachkräfte könnten die Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen ihre herausfordernden Aufgaben nicht erfüllen. „Deshalb sind wir als Bezirk aktiv und gehen neue Wege, wie sich zeigt – durchaus erfolgreich.“ > CONSTANZE MAUERMAYER

Bezirk fördert Thierhaupten über Kooperation

Der Bezirk Oberbayern fördert die Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten künftig über eine Kooperation. Darüber hat der Bezirksausschuss des Bezirkstags von Oberbayern in seiner heutigen Sitzung entschieden. Bereits in den vergangenen fünf Jahren hatte der Bezirk Oberbayern dem Verein Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten für Veranstaltungen und Seminare mit oberbayerischem Bezug eine Heimatpflegeförderung gewährt. Künftig soll die Schule dafür vom Bezirk einen festen jährlichen Beitrag in Höhe von 5650 Euro über einen Kooperationsvertrag erhalten. Die Richtlinien zur Vergabe von Zuschüssen des Bezirks Oberbayern sieht diese Möglichkeit der Förderung vor. > BSZ

VERANTWORTLICH für beide Seiten: Bayerischer Bezirkstag, Redaktion: M. Spiller, K. Hering